

Verkehrspolitische Newsletter

Fachgespräch zu Demografie und Fernstraßenbedarf in München

Mehr Verkehr trotz Bevölkerungsrückgang

Der mögliche Rückgang der Bevölkerung in Deutschland ab dem Jahr 2020 bedeutet nicht, dass die Verkehrsnachfrage sinken wird. Die Formel, der demografische Wandel erübrige den Fernstraßenausbau, geht nicht auf.

Verkehrsexperten kamen bei einem von Pro Mobilität und dem ADAC veranstalteten Fachgespräch in München zu dem Schluss, dass nicht nur der Güterverkehr sondern voraussichtlich auch der Personenverkehr in den nächsten Jahrzehnten über dem Niveau von 2002 liegen wird. Professor Alexander Eisenkopf von der Zeppelin University erwartet, dass der wachsende Anteil der Älteren die Verkehrsnachfrage stark verändern wird.

ADAC-Studie „Demografischer Wandel und Mobilität“

„Selbst unter der Maßgabe, dass durch den demografischen Wandel die Bevölkerung bis 2050 um bis zu 10 Prozent zurückgeht, wird unterm Strich der Personenverkehr voraussichtlich nicht abnehmen. Wahrscheinlicher ist sogar eine Zunahme“, ist das Fazit eine Untersuchung über Auswirkungen der langfristigen demografischen Veränderungen auf die Mobilität des Verkehrsforschers Ralf Ratzenberger für den ADAC. Die immer größer werdende Bevölkerungsgruppe der Älteren wird mobil bleiben wollen und den Pkw intensiver als heute nutzen. Frauen werden laut Forschungs-Szenarien in Sachen Motorisierung deutlich gegenüber Männern aufholen, so Ratzenberger.

Mindestens bis 2035 steigende Güterverkehrsleistung

Hauptinflussfaktor auf die Entwicklung des Güterverkehrs bleibt die intensivere Arbeitsteilung, betonte Dr. Stefan Rommerskirchen von ProgTrans AG, Basel. Da die wirtschaftliche Verflechtung innerhalb Europas und auch der Handel mit anderen Kontinenten weiterhin zunehmen würden, steige in den westeuropäischen Ländern die Transportintensität bis 2020 weiter an. Selbst danach werde die Güterverkehrsleistung noch weiter wachsen. Die Straße bleibe beim Güterverkehr der dominierende Verkehrsträger.

Standortvorteil Verkehrssystem langfristig sichern

„Für die Wirtschaft ist die Erreichbarkeit ein sehr wichtiger Standortfaktor“, darauf wies Stefan Gerwens, Geschäftsführer von Pro Mobilität, hin. Dies gelte besonders für international tätige Unternehmen, die Transport und Logistik sogar noch stärker als die Arbeitskosten gewichteten. Die gute Anbindung an das Fernstraßennetz sei für Städte und Gemeinden daher ein Muss, ohne das die Aussichten auf Neuansiedlungen von Produktions- und Logistikunternehmen gering seien. Angesichts der heutigen Überlastung vieler Autobahnen und des auch langfristig absehbaren Verkehrswachstums müsse der Ausbau wichtiger Achsen beschleunigt werden.

Langfristprognosen immer wichtiger

Ministerialdirigent Claus-Dieter Stolle, Leiter der Unterabteilung Straßenplanung, -recht und Technik im Bundesverkehrsministerium hob hervor: „Da Verkehrssysteme und -infrastrukturen eine über Jahrzehnte gehende Lebensdauer haben, werden für einen effizienten Mitteleinsatz Langfristprognosen immer wichtiger“. Er verwies auf jüngere Forschungsaufträge des Ministeriums und stellte die Integration von statistischen Daten zum demografischen Wandel in der Infrastrukturplanung dar.

Sicherung der Fernstraßenfinanzierung

„Wenn wir uns die mittelfristige Finanzplanung des Bundes und die zu erwartenden Kürzungen im Fernstraßenbau auf 4,5 Mrd. Euro ansehen, müssen wir feststellen, dass wir uns keineswegs auf der Zielgeraden befinden“, sagte Björn Dosch, Ressortleiter Verkehr beim ADAC. Die Schere zwischen Bedarf und Investitionen klappe immer weiter auseinander. Die Qualität der Straßen nehme weiter ab. Langfristig müsse der Erhaltungsbedarf im Vordergrund stehen. „Kein Eigenheimbesitzer würde nur das Dach notdürftig reparieren, wenn es aus allen Ritzen zieht“, sagte Dosch. Nur noch 13 Prozent der Brücken seien im guten Zustand. Allein in Bayern betrage der Erhaltungsaufwand für 14.000 Brückenbauwerke und 58 Tunnel 40 bis 50 Millionen Euro pro Jahr. Der einzige Weg aus dem Dilemma sei eine Reform der Infrastrukturfinanzierung. Hier müsse, so Dosch, die Abkoppelung des Verkehrshaushaltes vom Bundeshaushalt unter Nutzung der Einnahmen der Lkw-Maut im Mittelpunkt stehen. Das Motto laute: „Straße finanziert Straße“.

Weitere Informationen zur Veranstaltung unter <http://www.promobilitaet.de>.

Editorial

Dr. Peter Fischer

Präsident
Pro Mobilität



Sehr geehrte Damen und Herren,

die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 bindet derzeit viele Kräfte in den Ministerien. Eine Atempause der Verkehrspolitik nationaler Ebene kann es aber deshalb nicht geben, dafür stehen zu viele wichtige Themen auf der Tagesordnung:

Spätestens im März soll der Gesetzentwurf zur Kapitalprivatisierung der DB AG vorliegen. In der Regierung zeigt sich bisher nur der Bundeswirtschaftsminister unbeeindruckt von den weltweiten logistischen Expansionsphantasien des Konzernvorstands, die zu Lasten des Ausbaus der Schiene in Deutschland gehen. Zu Recht haben für Michael Glos die längerfristigen Interessen der Steuerzahler und fairer Wettbewerb im Verkehr Vorrang. Ich hoffe sehr, dass er gemeinsam mit den Fraktionen Erfolg haben wird.

Ebenfalls im März will sich eine Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen mit besseren Rahmenbedingungen für Öffentlich-Private-Partnerschaften befassen. Die Maßnahmen sollten eine Abkoppelung der Fernstraßen vom Bundeshaushalt einschließen. Die Lkw-Maut muss direkt in die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft des Bundes fließen, sie gehört vollständig in Autobahnen und Bundesstraßen.

Die Vorarbeiten am von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee angestoßenen Masterplan „Güterverkehr und Logistik“ kommen in die entscheidende Phase. Hier erwarte ich zusätzliche Impulse, damit Staus nicht zur Wachstumsbremse für die Wirtschaft werden.

Einmal mehr zeigt die gute konjunkturelle Entwicklung, wie sehr die Wirtschaft auf Logistik und Infrastruktur angewiesen ist. Das erste Halbjahr 2007 muss verkehrspolitische Zeichen setzen.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für 2007!

Ihr
Dr. Peter Fischer

Mobilität wird teurer

Der Jahresanfang 2007 bringt für Autofahrer und Transportunternehmen zahlreiche Veränderungen, darunter einige, die die Mobilität teurer machen. Wichtige beschlossene Neuerungen zusammengefasst:

- Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte verteuert nicht nur die Anschaffung eines Fahrzeugs. Die gesetzlich beschlossene Abgabenerhöhung wirkt sich auch auf die Kraftstoffpreise, die Versicherungsprämien (höhere Versicherungssteuer) und Reparaturkosten von Pkw und Lkw aus.
- Allein der Benzinpreis steigt dadurch und durch die vorgeschriebene Beimischung von Biokraftstoffen bei Diesel und Benzin um rund 5 Cent pro Liter
- Die Kürzung der Pendlerpauschale trifft ein Großteil der Beschäftigten: Pendler, die bisher 30 Cent pro Kilometer des Weges von der Wohnung zum Arbeitsplatz von der Steuer absetzen dürfen, können dies künftig erst ab einer Entfernung von 21 Kilometern tun.

Länder fordern Fernstraßengesellschaft

Die Verkehrsministerkonferenz hat sich am 22. November für die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) ausgesprochen. Im Beschluss fordern die Länderverkehrsminister den Bund auf, die VIFG zu einer Finanzierungsgesellschaft für die Bundesfernstraßen weiter zu entwickeln und ihr alle Einnahmen aus der Lkw-Maut direkt und unmittelbar zufließen zu lassen.

Die Verkehrsministerkonferenz strebt dabei eine rechtssichere Unabhängigkeit vom Bundeshaushalt an. Damit wäre ausgeschlossen, die Einnahmen für andere Zwecke zu verwenden. Gleichzeitig verlangen die Länder vom Bund, die Kreditfähigkeit der VIFG-BFS auch im Hinblick auf die bisherige Mitwirkung der Länder beim Betrieb und Bau zu prüfen. Die Ergebnisse sollen in der Frühjahrskonferenz vorliegen.

Als Termin zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit der neuen VIFG wird der 1.1.2008 genannt. Bis dahin müssten die rechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere durch eine Novellierung des Autobahnmautgesetzes und des Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesetzes geschaffen sowie ein Geschäftsmodell für die Fernstraßengesellschaft entwickelt werden.

Feste Fehmarnbelt-Querung

Die deutsch-dänische Entscheidung über Bau einer festen Querung des Fehmarnbelt soll frühestens Anfang 2007 fallen. Darauf haben sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen vor wenigen Tagen in Kopenhagen verständigt. Die deutsche Seite will noch verschiedene Finanzierungsmodelle prüfen. Die



Quelle: FDJV

dänische Regierung und das Land Schleswig-Holstein setzen sich dafür ein, das Vorhaben durch staatliche Garantien finanziell abzusichern. Das Projekt soll rund 4 Milliarden Euro kosten, wovon die EU voraussichtlich 20 Prozent übernehmen würde. Durch ein Mautsystem sollen die Kosten innerhalb von 25 Jahren wieder hereinkommen. Weitere zwei Milliarden Euro müssten in die Anbindung der Querung auf beiden Seiten investiert werden. Für die Verbindung zwischen dem deutschen Puttgarden auf Fehmarn und dem dänischen Rødby werden eine Brücke oder ein Tunnel in Erwägung gezogen. Bis 2025 wird mit einer Verdopplung des Verkehrs im Vergleich zu heute gerechnet.

Weitere Informationen unter:

http://www.bmvbs.de/dokumente/-_302.14371/Artikel/dokument.htm

http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MWV/Information/Verkehr/Feste_20Fehmarnbelt-Querung.html

<http://www.scandinavian-link.org/artikel.asp?menuID=1&subMenuID=0&subSubMenuID=0&artikel=1>

Neue Mitglieder bei Pro Mobilität

Drei Unternehmen haben sich Pro Mobilität - Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V. angeschlossen: NYNAS Belgium AB, Sanef und TÜV Nord Mobilität GmbH & Co.KG.

Dem Zusammenschluss führender Wirtschaftsverbände, Automobilclubs und Unternehmen gehören mittlerweile 32 Mitglieder an.

Studie über kommunalen Investitionsbedarf

Aufschluss über den zu erwartenden kommunalen Investitionsbedarf bis 2020 soll eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) geben, die der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und der Bundesverband der Deutschen Zementindustrie (BDZ) in Auftrag gegeben haben. Ziel ist es, anhand verlässlicher Daten die Grundlage für eine Steuerung der Investitionen zu schaffen, die sich am Bedarf orientiert. Die Kommunen sind Träger von 60 Prozent des öffentlichen Bauvolumens. Erste Zwischenergebnisse sollen im Herbst 2007 vorgestellt werden, die abschließenden Ergebnisse im Frühjahr 2008. Informationen: <http://www.BDZement> und www.bauindustrie.de

Wettbewerb für Best Practice Lösungen

Der Bau- und Dienstleistungskonzern Bilfinger Berger sucht in einem internationalen Wettbewerb nach Best Practice Lösungen im Beziehungsgeflecht von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Experten aus Wissenschaft, Praxis und Medien sind aufgefordert, Studien über erfolgreich verwirklichte Problemlösungen in anderen Ländern einzureichen, die auch für die Entwicklung in Deutschland neue Impulse setzen können. Mit dem Award ausgezeichnet werden Arbeiten, die Lösungen aufzeigen, wie Infrastrukturprojekte zügiger geplant und realisiert werden können. Informationen unter:

<http://www.award.bilfingerberger.de>

Mobilitätsangebot für alternde Gesellschaft

Mit den Erfordernissen einer alternden Gesellschaft an das Verkehrsangebot und die Verkehrsplanung beschäftigen sich die 4. Internationalen Verkehrstage, die am 26./27. März 2007 in Wuppertal stattfinden.

Veranstalter sind das Fachzentrum Verkehr der Bergischen Universität Wuppertal, die Eugen-Otto-Butz-Stiftung, ADAC, der Deutsche Verkehrssicherheitsrat, die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft und weitere Partner. Informationen: <http://www.traffic-transport.org>